

## Bezugspreis

In der Hauptgeschäftsleitung oder den im Stadtgebiet und den Vororten errichteten Ausgabestellen abgekauft; vierteljährlich A. 4.50, für zweimalige möglichste Rüttelung ins Ausland A. 5.50. Durch die Post bezogen für Deutschland und Österreich; vierzehntäglich A. 6.— Direkte täglich Rüttelung ins Ausland; monatlich A. 7.50.

Die Morgen-Ausgabe erscheint um 7 Uhr. Die Abend-Ausgabe: Montag bis Freitag um 5 Uhr.

## Redaktion und Expedition:

Johannstraße 8.  
Die Expedition ist Wochenlang ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis spätestens 7 Uhr.

## Filialen:

Otto Niem's Tortaria, (Alfred Hahn), Universitätsstraße 1,  
Paus' Lübeck,  
Rathausmarkt 14, port. und Königsgasse 7.

## Abend-Ausgabe.

# Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Nr. 556.

Freitag den 15. November 1895.

89. Jahrgang.

## Politische Tagesschau.

Leipzig, 15. November.

In einem „Die öffentlichen Strömungen und die Regierung“ überdrückenden Artikel begrüßt der „Schwäb. Mer.“ die bevorstehende Wiederaufrufung des Reichstags, weil er hofft, endlich auch einmal die Regierung Stellung zu den Fragen der Zeit und den Bewegungen der Gegenwart nehmen zu können. Wenn auch diese Hoffnung nicht überall geteilt wird, so wird man doch allenthalben dem zustimmen, was das schwäbische Blatt über die Gründe sagt, aus dem Wunsch nach einer entschiedenen Stellungnahme der Regierung vorgelegen. Die Wehrheit der politisch denkenden Deutschen — schreibt das Blatt — ist darüber einig, daß bei uns das parlamentarische Regierungsprinzip — euerer, ob man dasselbe für wünschenswert halten möchte oder nicht — unmöglich durchzuführen wäre. Bes. allem Anderen abgesehen, bestehen wir nicht die gretzen Parteien, welche abwechselnd die Regierung zu übernehmen in der Lage wären. Bei uns mag die Regierung über den Parteien stehen, und weil sie das mag, so mag sie auch die Führung der gesamten Reichspolitik in ihrer Hand haben. Ihre eigene Würde verbietet ihr, sich von einer oder mehreren Parteien führen zu lassen, noch auch zu gestatten, daß sich nur der Schein eines solchen Gefährdungswesens anstelle. Deshalb ist es nachweislich, daß über die Stellung der Regierung zu den Wahlstellen bewegenden Strömungen unbedingte Klarheit herrsche. Wie aber steht es damit zur Zeit? Extrem Wählereien verschiedener Art sind unablässig vor Gang, überall, wo sich nur ein Keim von Unzufriedenheit verwirklichen läßt, wird er aufgedeckt und als Anzeichen eines „Wahltales“ aufgewertet und als Anzeichen eines „Wahltales“ aufgewertet, der dann zur Grundlage für phantastische Rettungspläne mittels Staatshilfe dienen muß. In immer weiteren Kreisen werden auf diese Weise den Leuten die Köpfe verdreht, die Regierung aber schweigt, während sie besser thäte, ihr ganzes Ansehen einzufügen, um die Befriedigung rechtzeitigen Bremsen abzuholen. Die Täthigkeit der „Nord d. Allg. Zeitung“ fand in dieser Beziehung als eine befriedigende durchaus nicht ansehnlich werden; auch erhält dieselbe nur zu oft Bestätigungen, für welche nicht verantwortlich gewesen zu werden die Regierung des übrigen Preises immer aufrechtig stand wissen wird. Warum aber benutzt die Regierung nicht den „Reichsanzeiger“ oder die „Berliner Correspondenz“, um ihre Stellung in den großen Komplexen der Zeit hell zu beleuchten? Als das sogenannte Organ vor Jodropski gegründet wurde, war man allgemein der Ansicht, es werde sich die aus den über Jahren noch in Erinnerung stehende habsburgische „Provinzial-Corresp.“ zum Muster nehmen. In dieser hande man in der That von Woche zu Woche eine mehr oder weniger eingehende Auszeichnung der Stellung der Regierung zu den jeweils im Vordergrund stehenden Fragen, und es war damit ein greifbarer Anhalt für eine jahrlange Erklärung geboten. Von der „Berl. Corr.“ aber kann man nur sagen: wenn je eine Unterwerbung die Erwartungen, welche es erwartet, nicht erfüllt hat, so ist es dieses. Die meisten Wohlwollenden derselben sind nun dadurch enttäuscht gewesen, daß für einen unbekümmerten Inhalt ein gewaltiger Apparat in Betrieb gelegt wurde. Was hat es für einen Sinn, wenn meistens recht gleichgültige Behauptungen aufgestellt und mit feierlicher Wunde berichtigend, während mit großem Klang sich breit machende Behauptungen, welche die Regierung nicht billigt und nicht billigen kann, von ihrem Organ gänzlich unberücksichtigt bleiben? In der vorigen Woche hat der Vorstand des Bundes der Landwirthe von Neuem den Vertrag Parität auf die Tageabortion gesetzt. Im letzten Früh-

jahr hat sich die Regierung nach einer sehr eingehenden Prüfung derselben durch den preußischen Staatsrat von seiner Unbrauchbarkeit überzeugt. Wenn jetzt die Presse gegenüber der Wideraufnahme dieser Aktion, über deren Bedeutung doch wahrlich kein Zweifel sein kann, beharrlich schwiegt, so kann das nur zu leicht den Eindruck der Unsicherheit, des Schwankens machen. Es ist deplatzt gut, daß die Regierung durch den Verzug der parlamentarischen Verhandlungen Gelegenheit erhält, auch ihrerseits mit der Sprache herauzugehen. Wenn auch diese Hoffnung nicht überall geteilt wird, so wird man doch allenthalben dem zustimmen, was das schwäbische Blatt über die Gründe sagt, aus dem Wunsch nach einer entschiedenen Stellungnahme der Regierung vorgelegen. Die Wehrheit der politisch denkenden Deutschen — schreibt das Blatt — ist darüber einig, daß bei uns das parlamentarische Regierungsprinzip — euerer, ob man dasselbe für wünschenswert halten möchte oder nicht — unmöglich durchzuführen wäre. Bes. allem Anderen abgesehen, bestehen wir nicht die gretzen Parteien, welche abwechselnd die Regierung zu übernehmen in der Lage wären. Bei uns mag die Regierung über den Parteien stehen, und weil sie das mag, so mag sie auch die Führung der gesamten Reichspolitik in ihrer Hand haben. Ihre eigene Würde verbietet ihr, sich von einer oder mehreren Parteien führen zu lassen, noch auch zu gestatten, daß sich nur der Schein eines solchen Gefährdungswesens anstelle. Deshalb ist es nachweislich, daß über die Stellung der Regierung zu den Wahlstellen bewegenden Strömungen unbedingte Klarheit herrsche. Wie aber steht es damit zur Zeit? Extrem Wählereien verschiedener Art sind unablässig vor Gang, überall, wo sich nur ein Keim von Unzufriedenheit verwirklichen läßt, wird er aufgedeckt und als Anzeichen eines „Wahltales“ aufgewertet, der dann zur Grundlage für phantastische Rettungspläne mittels Staatshilfe dienen muß. In immer weiteren Kreisen werden auf diese Weise den Leuten die Köpfe verdreht, die Regierung aber schweigt, während sie besser thäte, ihr ganzes Ansehen einzufügen, um die Befriedigung rechtzeitigen Bremsen abzuholen. Die Täthigkeit der „Nord d. Allg. Zeitung“ fand in dieser Beziehung als eine befriedigende durchaus nicht ansehnlich werden; auch erhält dieselbe nur zu oft Bestätigungen, für welche nicht verantwortlich gewesen zu werden die Regierung des übrigen Preises immer aufrechtig stand wissen wird. Warum aber benutzt die Regierung nicht den „Reichsanzeiger“ oder die „Berliner Correspondenz“, um ihre Stellung in den großen Komplexen der Zeit hell zu beleuchten? Als das sogenannte Organ vor Jodropski gegründet wurde, war man allgemein der Ansicht, es werde sich die aus den über Jahren noch in Erinnerung stehende habsburgische „Provinzial-Corresp.“ zum Muster nehmen. In dieser hande man in der That von Woche zu Woche eine mehr oder weniger eingehende Auszeichnung der Stellung der Regierung zu den jeweils im Vordergrund stehenden Fragen, und es war damit ein greifbarer Anhalt für eine jahrlange Erklärung geboten. Von der „Berl. Corr.“ aber kann man nur sagen: wenn je eine Unterwerbung die Erwartungen, welche es erwartet, nicht erfüllt hat, so ist es dieses. Die meisten Wohlwollenden derselben sind nun dadurch enttäuscht gewesen, daß für einen unbekümmerten Inhalt ein gewaltiger Apparat in Betrieb gelegt wurde. Was hat es für einen Sinn, wenn meistens recht gleichgültige Behauptungen aufgestellt und mit feierlicher Wunde berichtigend, während mit großem Klang sich breit machende Behauptungen, welche die Regierung nicht billigt und nicht billigen kann, von ihrem Organ gänzlich unberücksichtigt bleiben? In der vorigen Woche hat der Vorstand des Bundes der Landwirthe von Neuem den Vertrag Parität auf die Tageabortion gesetzt. Im letzten Früh-

jahr hat sich die Regierung nach einer sehr eingehenden Prüfung derselben durch den preußischen Staatsrat von seiner Unbrauchbarkeit überzeugt. Wenn jetzt die Presse gegenüber der Wideraufnahme dieser Aktion, über deren Bedeutung doch wahrlich kein Zweifel sein kann, beharrlich schwiegt, so kann das nur zu leicht den Eindruck der Unsicherheit, des Schwankens machen. Es ist deplatzt gut, daß die Regierung durch den Verzug der parlamentarischen Verhandlungen Gelegenheit erhält, auch ihrerseits mit der Sprache herauzugehen. Wenn auch diese Hoffnung nicht überall geteilt wird, so wird man doch allenthalben dem zustimmen, was das schwäbische Blatt über die Gründe sagt, aus dem Wunsch nach einer entschiedenen Stellungnahme der Regierung vorgelegen. Die Wehrheit der politisch denkenden Deutschen — schreibt das Blatt — ist darüber einig, daß bei uns das parlamentarische Regierungsprinzip — euerer, ob man dasselbe für wünschenswert halten möchte oder nicht — unmöglich durchzuführen wäre. Bes. allem Anderen abgesehen, bestehen wir nicht die gretzen Parteien, welche abwechselnd die Regierung zu übernehmen in der Lage wären. Bei uns mag die Regierung über den Parteien stehen, und weil sie das mag, so mag sie auch die Führung der gesamten Reichspolitik in ihrer Hand haben. Ihre eigene Würde verbietet ihr, sich von einer oder mehreren Parteien führen zu lassen, noch auch zu gestatten, daß sich nur der Schein eines solchen Gefährdungswesens anstelle. Deshalb ist es nachweislich, daß über die Stellung der Regierung zu den Wahlstellen bewegenden Strömungen unbedingte Klarheit herrsche. Wie aber steht es damit zur Zeit? Extrem Wählereien verschiedener Art sind unablässig vor Gang, überall, wo sich nur ein Keim von Unzufriedenheit verwirklichen läßt, wird er aufgedeckt und als Anzeichen eines „Wahltales“ aufgewertet, der dann zur Grundlage für phantastische Rettungspläne mittels Staatshilfe dienen muß. In immer weiteren Kreisen werden auf diese Weise den Leuten die Köpfe verdreht, die Regierung aber schweigt, während sie besser thäte, ihr ganzes Ansehen einzufügen, um die Befriedigung rechtzeitigen Bremsen abzuholen. Die Täthigkeit der „Nord d. Allg. Zeitung“ fand in dieser Beziehung als eine befriedigende durchaus nicht ansehnlich werden; auch erhält dieselbe nur zu oft Bestätigungen, für welche nicht verantwortlich gewesen zu werden die Regierung des übrigen Preises immer aufrechtig stand wissen wird. Warum aber benutzt die Regierung nicht den „Reichsanzeiger“ oder die „Berliner Correspondenz“, um ihre Stellung in den großen Komplexen der Zeit hell zu beleuchten? Als das sogenannte Organ vor Jodropski gegründet wurde, war man allgemein der Ansicht, es werde sich die aus den über Jahren noch in Erinnerung stehende habsburgische „Provinzial-Corresp.“ zum Muster nehmen. In dieser hande man in der That von Woche zu Woche eine mehr oder weniger eingehende Auszeichnung der Stellung der Regierung zu den jeweils im Vordergrund stehenden Fragen, und es war damit ein greifbarer Anhalt für eine jahrlange Erklärung geboten. Von der „Berl. Corr.“ aber kann man nur sagen: wenn je eine Unterwerbung die Erwartungen, welche es erwartet, nicht erfüllt hat, so ist es dieses. Die meisten Wohlwollenden derselben sind nun dadurch enttäuscht gewesen, daß für einen unbekümmerten Inhalt ein gewaltiger Apparat in Betrieb gelegt wurde. Was hat es für einen Sinn, wenn meistens recht gleichgültige Behauptungen aufgestellt und mit feierlicher Wunde berichtigend, während mit großem Klang sich breit machende Behauptungen, welche die Regierung nicht billigt und nicht billigen kann, von ihrem Organ gänzlich unberücksichtigt bleiben? In der vorigen Woche hat der Vorstand des Bundes der Landwirthe von Neuem den Vertrag Parität auf die Tageabortion gesetzt. Im letzten Früh-

jahr hat sich die Regierung nach einer sehr eingehenden Prüfung derselben durch den preußischen Staatsrat von seiner Unbrauchbarkeit überzeugt. Wenn jetzt die Presse gegenüber der Wideraufnahme dieser Aktion, über deren Bedeutung doch wahrlich kein Zweifel sein kann, beharrlich schwiegt, so kann das nur zu leicht den Eindruck der Unsicherheit, des Schwankens machen. Es ist deplatzt gut, daß die Regierung durch den Verzug der parlamentarischen Verhandlungen Gelegenheit erhält, auch ihrerseits mit der Sprache herauzugehen. Wenn auch diese Hoffnung nicht überall geteilt wird, so wird man doch allenthalben dem zustimmen, was das schwäbische Blatt über die Gründe sagt, aus dem Wunsch nach einer entschiedenen Stellungnahme der Regierung vorgelegen. Die Wehrheit der politisch denkenden Deutschen — schreibt das Blatt — ist darüber einig, daß bei uns das parlamentarische Regierungsprinzip — euerer, ob man dasselbe für wünschenswert halten möchte oder nicht — unmöglich durchzuführen wäre. Bes. allem Anderen abgesehen, bestehen wir nicht die gretzen Parteien, welche abwechselnd die Regierung zu übernehmen in der Lage wären. Bei uns mag die Regierung über den Parteien stehen, und weil sie das mag, so mag sie auch die Führung der gesamten Reichspolitik in ihrer Hand haben. Ihre eigene Würde verbietet ihr, sich von einer oder mehreren Parteien führen zu lassen, noch auch zu gestatten, daß sich nur der Schein eines solchen Gefährdungswesens anstelle. Deshalb ist es nachweislich, daß über die Stellung der Regierung zu den Wahlstellen bewegenden Strömungen unbedingte Klarheit herrsche. Wie aber steht es damit zur Zeit? Extrem Wählereien verschiedener Art sind unablässig vor Gang, überall, wo sich nur ein Keim von Unzufriedenheit verwirklichen läßt, wird er aufgedeckt und als Anzeichen eines „Wahltales“ aufgewertet, der dann zur Grundlage für phantastische Rettungspläne mittels Staatshilfe dienen muß. In immer weiteren Kreisen werden auf diese Weise den Leuten die Köpfe verdreht, die Regierung aber schweigt, während sie besser thäte, ihr ganzes Ansehen einzufügen, um die Befriedigung rechtzeitigen Bremsen abzuholen. Die Täthigkeit der „Nord d. Allg. Zeitung“ fand in dieser Beziehung als eine befriedigende durchaus nicht ansehnlich werden; auch erhält dieselbe nur zu oft Bestätigungen, für welche nicht verantwortlich gewesen zu werden die Regierung des übrigen Preises immer aufrechtig stand wissen wird. Warum aber benutzt die Regierung nicht den „Reichsanzeiger“ oder die „Berliner Correspondenz“, um ihre Stellung in den großen Komplexen der Zeit hell zu beleuchten? Als das sogenannte Organ vor Jodropski gegründet wurde, war man allgemein der Ansicht, es werde sich die aus den über Jahren noch in Erinnerung stehende habsburgische „Provinzial-Corresp.“ zum Muster nehmen. In dieser hande man in der That von Woche zu Woche eine mehr oder weniger eingehende Auszeichnung der Stellung der Regierung zu den jeweils im Vordergrund stehenden Fragen, und es war damit ein greifbarer Anhalt für eine jahrlange Erklärung geboten. Von der „Berl. Corr.“ aber kann man nur sagen: wenn je eine Unterwerbung die Erwartungen, welche es erwartet, nicht erfüllt hat, so ist es dieses. Die meisten Wohlwollenden derselben sind nun dadurch enttäuscht gewesen, daß für einen unbekümmerten Inhalt ein gewaltiger Apparat in Betrieb gelegt wurde. Was hat es für einen Sinn, wenn meistens recht gleichgültige Behauptungen aufgestellt und mit feierlicher Wunde berichtigend, während mit großem Klang sich breit machende Behauptungen, welche die Regierung nicht billigt und nicht billigen kann, von ihrem Organ gänzlich unberücksichtigt bleiben? In der vorigen Woche hat der Vorstand des Bundes der Landwirthe von Neuem den Vertrag Parität auf die Tageabortion gesetzt. Im letzten Früh-

jaahr hat sich die Regierung nach einer sehr eingehenden Prüfung derselben durch den preußischen Staatsrat von seiner Unbrauchbarkeit überzeugt. Wenn jetzt die Presse gegenüber der Wideraufnahme dieser Aktion, über deren Bedeutung doch wahrlich kein Zweifel sein kann, beharrlich schwiegt, so kann das nur zu leicht den Eindruck der Unsicherheit, des Schwankens machen. Es ist deplatzt gut, daß die Regierung durch den Verzug der parlamentarischen Verhandlungen Gelegenheit erhält, auch ihrerseits mit der Sprache herauzugehen. Wenn auch diese Hoffnung nicht überall geteilt wird, so wird man doch allenthalben dem zustimmen, was das schwäbische Blatt über die Gründe sagt, aus dem Wunsch nach einer entschiedenen Stellungnahme der Regierung vorgelegen. Die Wehrheit der politisch denkenden Deutschen — schreibt das Blatt — ist darüber einig, daß bei uns das parlamentarische Regierungsprinzip — euerer, ob man dasselbe für wünschenswert halten möchte oder nicht — unmöglich durchzuführen wäre. Bes. allem Anderen abgesehen, bestehen wir nicht die gretzen Parteien, welche abwechselnd die Regierung zu übernehmen in der Lage wären. Bei uns mag die Regierung über den Parteien stehen, und weil sie das mag, so mag sie auch die Führung der gesamten Reichspolitik in ihrer Hand haben. Ihre eigene Würde verbietet ihr, sich von einer oder mehreren Parteien führen zu lassen, noch auch zu gestatten, daß sich nur der Schein eines solchen Gefährdungswesens anstelle. Deshalb ist es nachweislich, daß über die Stellung der Regierung zu den Wahlstellen bewegenden Strömungen unbedingte Klarheit herrsche. Wie aber steht es damit zur Zeit? Extrem Wählereien verschiedener Art sind unablässig vor Gang, überall, wo sich nur ein Keim von Unzufriedenheit verwirklichen läßt, wird er aufgedeckt und als Anzeichen eines „Wahltales“ aufgewertet, der dann zur Grundlage für phantastische Rettungspläne mittels Staatshilfe dienen muß. In immer weiteren Kreisen werden auf diese Weise den Leuten die Köpfe verdreht, die Regierung aber schweigt, während sie besser thäte, ihr ganzes Ansehen einzufügen, um die Befriedigung rechtzeitigen Bremsen abzuholen. Die Täthigkeit der „Nord d. Allg. Zeitung“ fand in dieser Beziehung als eine befriedigende durchaus nicht ansehnlich werden; auch erhält dieselbe nur zu oft Bestätigungen, für welche nicht verantwortlich gewesen zu werden die Regierung des übrigen Preises immer aufrechtig stand wissen wird. Warum aber benutzt die Regierung nicht den „Reichsanzeiger“ oder die „Berliner Correspondenz“, um ihre Stellung in den großen Komplexen der Zeit hell zu beleuchten? Als das sogenannte Organ vor Jodropski gegründet wurde, war man allgemein der Ansicht, es werde sich die aus den über Jahren noch in Erinnerung stehende habsburgische „Provinzial-Corresp.“ zum Muster nehmen. In dieser hande man in der That von Woche zu Woche eine mehr oder weniger eingehende Auszeichnung der Stellung der Regierung zu den jeweils im Vordergrund stehenden Fragen, und es war damit ein greifbarer Anhalt für eine jahrlange Erklärung geboten. Von der „Berl. Corr.“ aber kann man nur sagen: wenn je eine Unterwerbung die Erwartungen, welche es erwartet, nicht erfüllt hat, so ist es dieses. Die meisten Wohlwollenden derselben sind nun dadurch enttäuscht gewesen, daß für einen unbekümmerten Inhalt ein gewaltiger Apparat in Betrieb gelegt wurde. Was hat es für einen Sinn, wenn meistens recht gleichgültige Behauptungen aufgestellt und mit feierlicher Wunde berichtigend, während mit großem Klang sich breit machende Behauptungen, welche die Regierung nicht billigt und nicht billigen kann, von ihrem Organ gänzlich unberücksichtigt bleiben? In der vorigen Woche hat der Vorstand des Bundes der Landwirthe von Neuem den Vertrag Parität auf die Tageabortion gesetzt. Im letzten Früh-

jaahr hat sich die Regierung nach einer sehr eingehenden Prüfung derselben durch den preußischen Staatsrat von seiner Unbrauchbarkeit überzeugt. Wenn jetzt die Presse gegenüber der Wideraufnahme dieser Aktion, über deren Bedeutung doch wahrlich kein Zweifel sein kann, beharrlich schwiegt, so kann das nur zu leicht den Eindruck der Unsicherheit, des Schwankens machen. Es ist deplatzt gut, daß die Regierung durch den Verzug der parlamentarischen Verhandlungen Gelegenheit erhält, auch ihrerseits mit der Sprache herauzugehen. Wenn auch diese Hoffnung nicht überall geteilt wird, so wird man doch allenthalben dem zustimmen, was das schwäbische Blatt über die Gründe sagt, aus dem Wunsch nach einer entschiedenen Stellungnahme der Regierung vorgelegen. Die Wehrheit der politisch denkenden Deutschen — schreibt das Blatt — ist darüber einig, daß bei uns das parlamentarische Regierungsprinzip — euerer, ob man dasselbe für wünschenswert halten möchte oder nicht — unmöglich durchzuführen wäre. Bes. allem Anderen abgesehen, bestehen wir nicht die gretzen Parteien, welche abwechselnd die Regierung zu übernehmen in der Lage wären. Bei uns mag die Regierung über den Parteien stehen, und weil sie das mag, so mag sie auch die Führung der gesamten Reichspolitik in ihrer Hand haben. Ihre eigene Würde verbietet ihr, sich von einer oder mehreren Parteien führen zu lassen, noch auch zu gestatten, daß sich nur der Schein eines solchen Gefährdungswesens anstelle. Deshalb ist es nachweislich, daß über die Stellung der Regierung zu den Wahlstellen bewegenden Strömungen unbedingte Klarheit herrsche. Wie aber steht es damit zur Zeit? Extrem Wählereien verschiedener Art sind unablässig vor Gang, überall, wo sich nur ein Keim von Unzufriedenheit verwirklichen läßt, wird er aufgedeckt und als Anzeichen eines „Wahltales“ aufgewertet, der dann zur Grundlage für phantastische Rettungspläne mittels Staatshilfe dienen muß. In immer weiteren Kreisen werden auf diese Weise den Leuten die Köpfe verdreht, die Regierung aber schweigt, während sie besser thäte, ihr ganzes Ansehen einzufügen, um die Befriedigung rechtzeitigen Bremsen abzuholen. Die Täthigkeit der „Nord d. Allg. Zeitung“ fand in dieser Beziehung als eine befriedigende durchaus nicht ansehnlich werden; auch erhält dieselbe nur zu oft Bestätigungen, für welche nicht verantwortlich gewesen zu werden die Regierung des übrigen Preises immer aufrechtig stand wissen wird. Warum aber benutzt die Regierung nicht den „Reichsanzeiger“ oder die „Berliner Correspondenz“, um ihre Stellung in den großen Komplexen der Zeit hell zu beleuchten? Als das sogenannte Organ vor Jodropski gegründet wurde, war man allgemein der Ansicht, es werde sich die aus den über Jahren noch in Erinnerung stehende habsburgische „Provinzial-Corresp.“ zum Muster nehmen. In dieser hande man in der That von Woche zu Woche eine mehr oder weniger eingehende Auszeichnung der Stellung der Regierung zu den jeweils im Vordergrund stehenden Fragen, und es war damit ein greifbarer Anhalt für eine jahrlange Erklärung geboten. Von der „Berl. Corr.“ aber kann man nur sagen: wenn je eine Unterwerbung die Erwartungen, welche es erwartet, nicht erfüllt hat, so ist es dieses. Die meisten Wohlwollenden derselben sind nun dadurch enttäuscht gewesen, daß für einen unbekümmerten Inhalt ein gewaltiger Apparat in Betrieb gelegt wurde. Was hat es für einen Sinn, wenn meistens recht gleichgültige Behauptungen aufgestellt und mit feierlicher Wunde berichtigend, während mit großem Klang sich breit machende Behauptungen, welche die Regierung nicht billigt und nicht billigen kann, von ihrem Organ gänzlich unberücksichtigt bleiben? In der vorigen Woche hat der Vorstand des Bundes der Landwirthe von Neuem den Vertrag Parität auf die Tageabortion gesetzt. Im letzten Früh-

jaahr hat sich die Regierung nach einer sehr eingehenden Prüfung derselben durch den preußischen Staatsrat von seiner Unbrauchbarkeit überzeugt. Wenn jetzt die Presse gegenüber der Wideraufnahme dieser Aktion, über deren Bedeutung doch wahrlich kein Zweifel sein kann, beharrlich schwiegt, so kann das nur zu leicht den Eindruck der Unsicherheit, des Schwankens machen. Es ist deplatzt gut, daß die Regierung durch den Verzug der parlamentarischen Verhandlungen Gelegenheit erhält, auch ihrerseits mit der Sprache herauzugehen. Wenn auch diese Hoffnung nicht überall geteilt wird, so wird man doch allenthalben dem zustimmen, was das schwäbische Blatt über die Gründe sagt, aus dem Wunsch nach einer entschiedenen Stellungnahme der Regierung vorgelegen. Die Wehrheit der politisch denkenden Deutschen — schreibt das Blatt — ist darüber einig, daß bei uns das parlamentarische Regierungsprinzip — euerer, ob man dasselbe für wünschenswert halten möchte oder nicht — unmöglich durchzuführen wäre. Bes. allem Anderen abgesehen, bestehen wir nicht die gretzen Parteien, welche abwechselnd die Regierung zu übernehmen in der Lage wären. Bei uns mag die Regierung über den Parteien stehen, und weil sie das mag, so mag sie auch die Führung der gesamten Reichspolitik in ihrer Hand haben. Ihre eigene Würde verbietet ihr, sich von einer oder mehreren Parteien führen zu lassen, noch auch zu gestatten, daß sich nur der Schein eines solchen Gefährdungswesens anstelle. Deshalb ist es nachweislich, daß über die Stellung der Regierung zu den Wahlstellen bewegenden Strömungen unbedingte Klarheit herrsche. Wie aber steht es damit zur Zeit? Extrem Wählereien verschiedener Art sind unablässig vor Gang, überall, wo sich nur ein Keim von Unzufriedenheit verwirklichen läßt, wird er aufgedeckt